



Keupers

kritischer

Kommentar

12-01-2019

Dezember 2019

Schlittern wir in eine Postwachstumsökonomie?

Seit geraumer Zeit fordern die Experten und Aktivisten gegen den Klimawandel und gegen die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen der Erde eine Umkehr des vorherrschenden ökonomischen Denkens, des Erzeugens von Wohlstand und Vermögen durch progressives Wirtschaften, durch stetes dynamisches ökonomisches Wachsen als Motor des Fortschritts, hin zu einer Postwachstumsökonomie mit einem partiellen Rückbau industrieller, stark arbeitsteiliger globaler Wertschöpfungsprozesse unter Beachtung der erforderlichen ökologischen Herausforderungen. Das stetig sich steigende Wirtschaftswachstum, so ihre Interpretationen, stößt im Grunde genommen an vorgegebene systematische ökonomisch-ökologische Grenzen hinsichtlich des klimatischen Gleichgewichts, respektive der absehbaren Ressourcenverknappung. Diese Grenzen weiten sich absehbar dergestalt so aus, dass von einem nicht tolerierbaren „Peak Everything“ gesprochen werden muss. Postwachstumsökonomie bedeutet daher letztendlich nicht nur ein Abschied vom ökonomischen Wirtschaftswachstum, einer drastischen Einschränkung des Konsums und damit verbunden eine erhebliche Reduzierung der produzierenden Arbeitswelt, es bedeutet auch, die angestrebte Postwachstumsgesellschaft muss ganz anders ausgerichtet sein wie die heutige vorherrschende Gesellschaftsform. Sie muss aber, trotz möglicher geringerer Steuereinnahmen des Staates, über stabile Versorgungsstrukturen verfügen, denn eine Abkehr vom Wirtschaftswachstum muss gesellschaftlich getragen werden, um überhaupt gelingen zu können. Dieses bedeutet ein totales Umdenken über ein ganz anderes Verhältnis von Staat und Gesellschaft, über Wohlstand und sozialer Absicherung, aber auch über Einflussnahme und Macht.

Doch der Mensch will aber nicht nur Geld verdienen, um gut Leben zu können, so wie er es gewohnt ist, und so viel erwerben, wie dazu erforderlich ist, sondern er möchte auch durch mehr Geld verdienen, durch mehr Vermögenszuwachs auch mehr Standesbewusstsein, mehr Anerkennung, mehr individuelle Macht erringen. Ob die Postwachstumsökonomie diese dem Menschen seit jeher innewohnenden Grundtriebe besänftigen kann? Das ist die Frage, welche wohl im Raume stehen bleibt und welche eine angestrebte Postwachstumsgesellschaft doch wohl sehr relativieren wird.

Es zeichnet sich zurzeit eine Veränderung des Wirtschaftswachstums ab.

Das Wachstum des Bruttoinlandproduktes (BIP) in Deutschland ist im zu Ende gehendem Jahr 2019 erheblich zurückgegangen. War im 1. Quartal des Jahres das BIP noch um 0,5 Prozent gestiegen, musste im 2. Quartal ein Rückgang auf - 0,2 Prozent registriert werden, um im 3. Quartal wieder ei-

nen positiven Wert von 0,1 Prozent zu erzielen. Auch für das 4. Quartal wird ein Anstieg des Wirtschaftswachstums um lediglich 0,1 Prozent prophezeit, was letztendlich für das Gesamtjahr 2019 einen sehr geringen Zuwachs von 0,5 Prozent Wachstum ergeben würde, was Wirtschaftsexperten und die Politik bejubeln, weil eine drohende Rezession des Wirtschaftswachstums (gerade noch mal) abgewendet wurde. Konträr ist dann jedoch die Meldung, dass im nächsten Jahr, allein weil es ein paar Arbeitstage mehr gibt, (u.a. weil 2020 ein Schaltjahr ist), das BIP um 0,4 Prozent steigen würde, und damit die Steigerung für 2019 mit 0,5 Prozent entsprechend relativiert wird. Man kann und muss eigentlich davon sprechen, dass ein Wachstum in dieser Größenordnung wohl mehr als eine Art Stagnation betrachtet werden sollte, eine Art Scheinwachstum, ohne nennenswerten Einfluss auf das Wirtschaftsgefüge. Sodass wir davon ausgehen können, dass unsere Wirtschaft, falls das Miniwachstum auch im nächsten Jahr anhält, und davon gehen die Ökonomen im Grunde genommen aus, in eine Anfangsphase einer Postwachstumsökonomie hinein schlittert, ohne dass Sondermaßnahmen zum Klimaschutz oder einer Ressourceneinsparung ergriffen wurden.

Düstere Zukunft für die Automobilindustrie.

Die sich anscheinend abzeichnende Entstehung einer Wirtschaftsflaute wird nicht nur verursacht durch die Strukturveränderung in der Automobilindustrie in Folge einer größeren Produktionsumstellung hinsichtlich der zukünftigen Antriebsart der Fahrzeuge, sondern auch durch enorm verminderte Absatzzahlen. Der Export von deutschen Autos sank laut Statistik 2019 um ca. 12 Prozent, oder wenn man die letzten zwei Jahre betrachtet, sogar um 20 Prozent. Aber auch die Inlandsproduktion sank 2019 um 8 Prozent auf nur noch 4,7 Millionen Fahrzeuge. Bezogen auf den Zeitraum nach 2017 schrumpfte die einheimische Produktion sogar um fast 1 Million Fahrzeuge, oder fast 17 Prozent! „Konjunkturell haben wir nach längerer Wachstumsphase in der Automobilbranche“, so der VDA, „erheblichen Gegenwind. Zulieferer, die alle Hersteller als Kunden haben, spüren das noch heftiger“.

Auch andere Industriezweige schlittern in eine Umsatzkrise.

Auch im Maschinenbau, dem zweitwichtigsten Industriezweig im Lande, sank die Inlandsorder in den letzten Monaten um 13 Prozent, die Auslandsbestellungen um 10 Prozent. Weitere Negatives war zu verzeichnen oder droht im nächsten Jahr in der Chemiebranche, den Logistikunternehmen und bei den Werkzeugherstellern. Und auch im Handel und in der Finanzwirtschaft drohen unruhige Zeiten. Eine Nonwachstumsphase ist daher für die kommenden Jahre durchaus nicht auszuschließen.

Auch der Arbeitsmarkt könnte unter Stress geraten.

Der sich abzeichnende Wirtschaftsabschwung wirkt sich bereits auf den Arbeitsmarkt aus, wenn gleich uns noch anderes erzählt wird. Im 3. Quartal gab es schon ein mehr an Kurzarbeit, die Zahl der Kurzarbeiter stieg auf 64.000, und es gab deutlich weniger Überstunden in den produzierenden Gewerken. Fast unbemerkt von den bundesweiten Wahrnehmungen rollt eine Welle von Kurzarbeit auf den Arbeitsmarkt zu, die in den ersten Wochen und Monaten des neuen Jahres sichtbar werden dürfte, wenn die „Zwangsurlobsphase“ über die Weihnachtszeit, in welcher die vorhandenen Zeitarbeitskonten der Arbeitnehmer reduziert wurden, hinter uns liegen. Noch sind keine größeren Entlassungen geplant, sondern die Firmen versuchen wegen des Facharbeitermangels ihre fachkundige Belegschaft in ihrem Betrieb zu halten, für die Zeit nach der Krise. Der Staat unterstützt sie dabei, indem er mit der Gewährung eines Kurzarbeitergeldes die Lohnkosten der Betriebe entlastet. Dieses Kurzarbeitergeld berechnet sich nach dem Nettoentgeltausfall. Die Betroffenen erhalten grundsätz-

lich 60 Prozent des Nettoentgeltausfalls erstattet, bzw. 67 Prozent, wenn mindestens ein Kind mitversorgt werden muss. Es bleiben trotzdem Mindereinnahmen für die Betroffenen von etwa 400 bis 700 Euro im Monat, die sich im Wesentlichen auf die Konsumausgaben niederschlagen werden! Dieses Kurzarbeitergeld wird 12 Monate, wenn die Politik bzw. die Regierung ggf. entsprechend handelt, vielleicht auch 24 Monate gewährt. Danach werden die Arbeitgeber gezwungen mit Entlassungen reagieren zu müssen, weil, wenn die Wirtschaftslage sich nicht geändert hat, die Löhne ihrer Mitarbeiter mangels Aufträge nicht refinanzierbar sind. Diese Epoche der „Zwangsentlassung“ könnte Ende des Jahres 2020 bzw. Anfang des Jahres 2021, dem Jahr der nächsten Bundestagswahl Realität werden. Doch vielleicht kann die Konjunktur in der Industrie bis dahin wieder anspringen - doch leider sieht es momentan nicht danach aus. Wappnen wir uns daher für eine längerfristige Nonwachstumsökonomie und deren Begleitumstände.

Auch die Zahlungsmoral scheint zu schwinden.

Die Konjunkturschwäche schlägt nach Einschätzung der Kreditversicherungsbranche auch zunehmend auf die Zahlungsmoral der Firmen durch. Wegen wirtschaftlicher Probleme können viele Firmen ihre Rechnungen nur noch verspätet oder gar nicht mehr zahlen. Nach Hochrechnung des Branchenverbandes müssen die Versicherer in diesem Jahre für Schäden von fast 900 Millionen Euro geradestehen, das ist ein Plus von ca. 60 Prozent. „Der Welthandel stagniert, das Wachstum in Deutschland schwächelt und die Zahlungsmoral sinkt“, so der Vorsitzende für Kreditversicherungen im GDV, „die Zahl der Firmeninsolvenzen dürfte 2020 erstmals seit der Finanzkrise 2008/2009 wieder ansteigen“. Die Wirtschaft leidet unter einem Investitions- und Reformstau, die Konjunktur unter globalen politischen Unsicherheiten.

Eine Postwachstumsökonomie ist nicht die Zukunftsvision.

Eine Nonwachstumsepoche verändert zurzeit, wie zuvor geschildert, wenn auch noch im beschränkten Umfang, die wirtschaftlichen Strukturen im Lande, damit zusammenhängend auch den Arbeitsmarkt, die Einkommensverhältnisse und damit die Lebensform vieler Menschen, ja, sogar die allgemeine (Zahlungs-)Moral im Lande. Damit ist aber klar, dass die von Klima- und Umweltschützern und von einigen Politikern der Grünen erwünschte bzw. geforderte Postwachstumsökonomie nicht das Ziel sein wird, nicht das Ziel sein kann, um die Probleme des Klimawandels, respektive der Reduzierung des Ressourcenverbrauchs oder der Erhaltung der biologischen Artenvielfalt zu bewältigen. Nicht ein geforderter Rückschritt in der ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung, sondern eine progressive wissenschaftlich begründete Weiterentwicklung muss die Stoßrichtung sein, um die Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen. Gerade wir Deutschen sollten uns auf die Erfahrungen mit Möglichkeiten einer technologischen Expansion besinnen, ja, wir sollten uns darauf besinnen, dass wir weltweit einst mal führend auf diesem Gebiet von Forschung und Innovation waren. Wir müssen auf die Zukunft setzen, in dem wir darauf hinwirken, dass unsere sehr kreative, mittelständische Wirtschaft wie seit jeher wieder ein Motor des gestalterischen Fortschritts werden muss. Wir müssen Bildung, Entwicklung und Forschung als Motor einer progressiven Zukunftsevolution (finanziell) fördern und voranbringen. Bund und Länder haben einst 2005 einen Pakt für Forschung und Innovation (PFI) beschlossen und seitdem mehrfach fortgeschrieben. Mit seiner Kombination aus gemeinsamen forschungspolitischen Zielen, finanzieller Planungssicherheit und verbesserten Rahmenbedingungen soll der Pakt für ein stabiles Wachstum und eine positive Entwicklung der außeruniversitären Wissenschaftsinstitute und -organisationen sorgen. Der Wissen-

schaftsstandort Deutschland sollte durch diesen Pakt nachhaltig gestärkt und seine internationale Wettbewerbsfähigkeit dadurch erkennbar verbessert werden. Das deutsche Wissenschaftssystem muss wieder eines der leistungsstärksten weltweit sein. Die Innovationskraft Deutschlands muss durch ein leistungsstarkes Wissenschaftssystem und durch eine aktiv forschende Wirtschaft wieder gestärkt werden. Eine angestrebte hohe internationale Leistungsfähigkeit der deutschen Wissenschaft muss dabei maßgeblich durch eine arbeitsteilige Vielfalt der geförderten modernen Forschungsinstitute und -organisationen abgesichert sein. Um diese Ziele zu erreichen, sind erheblich höhere Finanzmittel bereitzustellen wie bisher. Aber leider meint unsere Politik, unsere Regierungsinstanzen, dass die Behebung (sozialer) Missstände von heute die Problemlösungen der Zukunft seien, doch dieses ist eine falsche Sichtweise. Auf die Probleme der Zukunft, wie unter anderem die digitale Evolution, oder die Veränderungen globaler ökonomischer, machtpolitischer aber auch ökologischer Voraussetzungen müssen wir uns einstellen und sie bewältigen wollen. Das ist durchaus machbar.

Der Präsidenten der Hochschule: „School of Management and Technology“ in Berlin, Jörg Rocholl, meint im Steingarts Morning Briefing Podcast vom 10. Dezember: „Wir sind als internationale Hochschule das Fenster zum deutschen Wirtschaftssystem. Wir symbolisieren, was das deutsche Wirtschaftssystem auszeichnet. Unsere Hochschule produziert in der Hauptsache Manager und als Nebenprodukt Mut. Wir brauchen ergänzend zur Fridays for Future Bewegung eine Fridays for Technology Bewegung. Unser Land braucht Mut, der beweist: In Deutschland, da geht was!“

Wie sagte einst Frau Merkel: „Wir schaffen das!“ Darum packen wir es an, mit dem Motto: „Die Zukunft gehört uns!“

In diesem Sinne,

Wörrstadt, den 12. Dezember 2019,

Heinrich Keuper